

Schwangerschaftsabbrüche in Österreich: Dringende Reformen gefordert!

Amnesty International kritisiert die mangelhafte Versorgung bei Schwangerschaftsabbrüchen in Österreich und fordert Reformen.

Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich - Am 31. Dezember 2024 erinnert Österreich an einen bedeutenden Schritt in der Geschichte des Landes: Vor genau 50 Jahren trat die Fristenlösung in Kraft, die den Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen regelt. Doch während dieser Meilenstein zunächst eine Stärkung der reproduktiven Rechte darstellte, zeigt sich, dass die aktuellen Gegebenheiten weit hinter den Erwartungen zurückbleiben. So berichtet amnesty.at, dass viele Menschen in Österreich noch immer auf erhebliche Barrieren stoßen, wenn sie einen Schwangerschaftsabbruch in Anspruch nehmen möchten.

Diese Abbrüche gelten, abgesehen von medizinischen Notfällen, als Privatleistungen, deren Kosten zwischen 350 und 800 Euro variieren. Zugleich ist die regionale Versorgung alarmierend unzureichend: In Bundesländern wie Vorarlberg und Tirol gibt es jeweils nur eine Einrichtung, im Burgenland sogar gar keine. Shoura Hashemi, Geschäftsführerin von Amnesty International Österreich, weist darauf hin, dass dies besonders Menschen mit finanziellen Schwierigkeiten betrifft, für die der Zugang zu einer medizinischen Grundversorgung oft vom Wohnort und der finanziellen Lage abhängt. „Es ist inakzeptabel, dass der Zugang zu einem so grundlegenden medizinischen Dienst wie einem Schwangerschaftsabbruch so ungleich verteilt ist“, erklärt

Hashemi.

Dringender Reformbedarf

In dieser angespannten Situation fordert Amnesty International von der kommenden österreichischen Regierung tiefgreifende Reformen. Die Organisation drängt darauf, Schwangerschaftsabbrüche zu entkriminalisieren, was eine Aufhebung der diesbezüglichen Regelung im Strafgesetzbuch bedeuten würde. Des Weiteren sollen diese Eingriffe Teil der regulären Krankenkassenleistungen werden und die flächendeckende Versorgung sichergestellt werden. „Jede Person in Österreich muss Zugang zu Einrichtungen haben, die sichere Abbrüche ermöglichen,“ fordert die Organisation einheitlich. Laut amnesty.at ist es entscheidend, dass die Implementierung von Menschenrechten nicht vom politischen Klima abhängt, sondern für alle gewährt bleibt, unabhängig von ihrer finanziellen Situation oder ihrem Wohnort.

Die Auseinandersetzung um die Rechte auf reproduktive Gesundheit bleibt also sowohl aktuell als auch brisant, und der Druck auf die Regierung, endlich aktiv zu werden, wächst. „Österreich darf hier nicht zurückbleiben,“ blickt Hashemi auf die Fortschritte anderer Länder wie Frankreich und Schweden.

Details	
Vorfall	Gesundheitskrise
Ursache	Hindernisse
Ort	Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.ots.at• www.amnesty.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at